

CHEMIE-TARIFRUNDE 2015

Schwerer Auftakt

Die bundesweiten Chemie-Tarifverhandlungen sind Ende Februar ohne Ergebnis verhandelt worden. Nach zähen Verhandlungen und klarer Positionierung beider Seiten haben sich die Tarifpartner in interne Beratungen zurückgezogen. Die Verhandlungen für die 550.000 Beschäftigten in 1.900 Betrieben der chemischen und pharmazeutischen Industrie werden am 12. März 2015 in Neuss fortgesetzt.

Hansen: »Keine Annäherung in Sicht«

»Die IG BCE verschließt die Augen vor den wirtschaftlichen Realitäten in den 1.900 Betrieben unserer Branche. Bislang ist keine Annäherung in Sicht«, kommentierte BAVC-Verhandlungsführer Hans-Carsten Hansen die ergebnislosen Verhandlungen in Kassel. Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage liegen Welten zwischen Arbeitgebern und IG BCE.

»Inflationsausgleich, Wachstum und Produktivität: Dies sind die Bestimmungsgrößen für Tarifrunden«, brachte es Hansen auf den Punkt. Die Fakten liegen auf dem Tisch: Die deutsche Chemie leidet weiter unter einer anhaltenden Wachstumsschwäche. Für die Branche ist das wechselhafte Geschäftsjahr 2014 mit einem schwachen Schlussquartal zu Ende gegangen. Die Chemie ist ohne Schwung ins Jahr 2015 gestartet – die Prognose wurde jüngst revidiert. Infolge des Ölpreiseinbruchs ist im laufenden Jahr mit einem Umsatz-Minus zu rechnen.

Mit Blick auf die weiteren Verhandlungen erklärte Hansen: »Wir müssen den Kurs ändern: weg von einer Tarifpolitik des hoffnungsvollen Vorschussverteils hin zu einer Tariflogik des echten Erwirtschaftens von Zuwächsen.« Hansen weiter: »Lohnzuwächse können nur aus Wachstum finanziert werden.«

Neben einer Lohnerhöhung von 4,8 Prozent bekräftigte die IG BCE auch ihre Forderung im Bereich Demografie. Die Verhandlungen in dieser Frage zeigten, dass beide Tarifvertragsparteien den Tarifvertrag ‚Lebensarbeitszeit und Demografie‘ als Errungenschaft empfinden. Ob und wie der Demografiefonds allerdings, wie von der IG BCE gefordert, aufgestockt werden kann, steht auf einem anderen Blatt. »Für eine Aufstockung des Demografiefonds steht in der jetzigen Tarifrunde der notwendige Verteilungsspielraum nicht zur Verfügung. Es sei denn, die Gewerkschaft verzichtet auf eine allgemeine Tariferhöhung ganz oder zu einem wesentlichen Teil«, stellte Hansen klar.

»Lohnzuwächse können nur aus Wachstum finanziert werden.«

TARIFRUNDE

Geringes Wachstum, hohe Unsicherheit	2
Demografiefeste Personalpolitik	4
5 Fakten zur Chemie-Tarifrunde 2015	5

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Investitionsschwäche in Deutschland	6
-------------------------------------	---

BILDUNG

Der Zukunftstag lohnt sich – für alle!	8
--	---

CHEMIE-KONJUNKTUR

Geringes Wachstum, hohe Unsicherheit

Die Chemie-Konjunktur verharrt weiterhin in einer Seitwärtsbewegung. Die wirtschaftliche Situation der Branche ist geprägt durch diese anhaltende Wachstumschwäche bei großen Unsicherheiten im wirtschaftlichen und politischen Umfeld – und dies bei steigendem Wettbewerbsdruck. Seit 2011 ist die chemisch-pharmazeutische Industrie durchschnittlich nur knapp 1 Prozent pro Jahr gewachsen. In den vergangenen vier Jahren haben die Chemie-Unternehmen immer wieder Rückschläge verkraften müssen. Entsprechend hoch ist die Verunsicherung über den weiteren Geschäftsverlauf.

Ernüchternder Jahresabschluss 2014

Das Geschäftsjahr 2014 hat für die Chemie-Branche mit einem enttäuschenden Schlussquartal geendet. Sie konnte nicht wie gehofft von der Ausweitung der Industrieproduktion in Deutschland und Europa profitieren. Im Gegenteil: Alle relevanten Kennzahlen lagen im Schlussquartal 2014 unter dem Niveau des Vorquartals. Insgesamt geht die Chemie somit ohne Schwung ins Jahr 2015.

Zwar stieg die Chemie-Produktion im Gesamtjahr 2014 leicht um 1,5 Prozent. Dieser Zuwachs geht jedoch allein auf das Geschäft mit Pharmazeutika und Spezialchemikalien zurück. Die Grundstoffchemie hingegen hinkt spürbar hinterher. Die Produktion bei Petrochemikalien und Polymeren sank deutlich. Hier besteht die berechtigte Sorge, dass sich die Wettbewerbsnachteile des deutschen Standortes mit seinen hohen Energie- und Rohstoffkosten negativ auswirken.

Auf der Preisseite steht für das Gesamtjahr 2014 bei den Chemie-Erzeugerpreisen ein Minus von 1,4 Prozent in den Büchern, nachdem die Verkaufspreise bereits 2013 um 1,1 Prozent gefallen waren. Der massive Rückgang des Ölpreises spielt hierbei eine bedeutende Rolle. Für viele Chemie-Erzeugnisse ist Erdöl der zentrale Grundstoff. Bei sinkendem Ölpreis profitieren die Unternehmen folglich von niedrigeren Beschaffungskosten. Dieser vermeintlich gewonnene Wettbewerbsvorteil lässt sich jedoch kaum nutzen, da mangels ausreichender Nachfrage schlichtweg die Absatzmengen fehlen. Der intensive Wettbewerb zwingt die Chemie-Unternehmen vielmehr dazu, die Kostenentlastungen rasch und vollstän-

CHEMIE-PROGNOSE 2015

Produktion

plus 1,5 Prozent

Erzeugerpreise

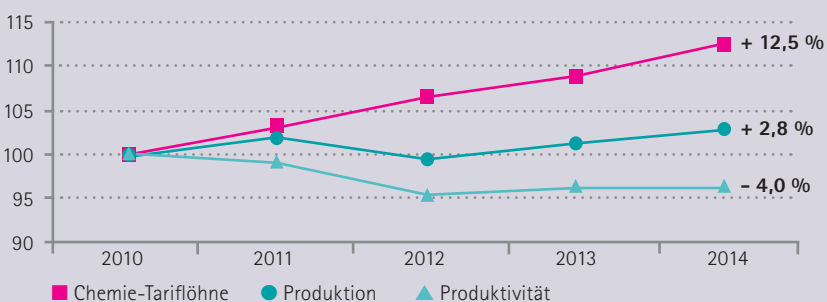
minus 2,0 Prozent

Umsatz

minus 0,5 Prozent

(Veränderungen gegenüber Vorjahr)

Chemie-Branche: Löhne laufen Produktion und Produktivität davon



Quelle: Statistisches Bundesamt, BAVC

dig an die Kunden weiterzugeben. Die Preise für Primärchemikalien sinken daher seit Monaten beständig, die Tendenz rückläufiger Verkaufspreise in der Chemie hat sich zuletzt deutlich beschleunigt. Die nur geringe Mengenausweitung bei Chemie-Erzeugnissen und die sinkenden Verkaufspreise haben folglich zu einem Abschmelzen beim Umsatz geführt. Am Jahresende 2014 lag der Branchenumsatz um 1,4 Prozent höher als im Jahr zuvor.

Chemie-Jahr 2015: nur magere Aussichten

Trotz wirtschaftlicher Sonderfaktoren wie niedrigem Ölpreis und abgeschwächtem Euro-Kurs bleibt die wirtschaftliche Dynamik für Deutschland und Europa insgesamt niedrig. Ohnehin entwickelt sich die europäische Industrieproduktion nur zurückhaltend, der europäische Markt für chemische Erzeugnisse wächst im weltweiten Vergleich am schwächsten. Für die deutschen Chemie-Unternehmen dämpft dies auf mittlere Sicht die eigenen Wachstumsaussichten, da 70 Prozent der Exporte in die europäischen Nachbarstaaten gehen. Da zudem ein Großteil dieser Chemie-Exporte im Euroraum verbleibt, profitiert die Chemie-Branche auch nur in geringerem Maße von der jüngsten Euro-Abwertung.

Aber auch auf vielen außereuropäischen Exportmärkten sind die Wachstumsaussichten nur verhalten. Dies gilt für die Schwellenländer insgesamt, mit rezessivem Wirtschaftsverlauf in Russland und Brasilien sowie mit China, das in eine Phase langsameren Wachstums (»New Normal«) einmündet. Bei den Industriestaaten befinden sich die USA dank Schiefergasboom weiterhin auf einem soliden Wachstumspfad, während sich Japan bisher nicht aus seiner Wachstumsflaute befreien kann. Das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt somit weiterhin schwierig. Geopolitische Spannungen und die anhaltende Wachstumsschwäche im Euroraum trüben die Aussichten für die deutsche Chemie und bergen Rückschlagspotenzial für die Konjunktur.

In seiner angepassten Jahresprognose 2015 geht der Verband der Chemischen Industrie (VCI) nunmehr davon aus, dass die Dynamik für das deutsche Chemie-Geschäft auch in den kommenden Monaten niedrig bleibt. Für das Gesamtjahr wird eine leichte Ausweitung der Chemie-Produktion um 1,5 Prozent erwartet.

Da die niedrigeren Öl- und Rohstoffkosten an die Kunden weitergereicht werden müssen, werden die Erzeugerpreise für Chemikalien voraussichtlich um 2 Prozent sinken – und damit deutlicher als bisher angenommen (minus 0,5 Prozent). Der Chemie-Umsatz wird deshalb sogar um minus 0,5 Prozent schrumpfen.

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

In der laufenden Chemie-Tarifrunde 2015 hat die IG BCE eine Lohnforderung von 4,8 Prozent erhoben. Durch die vorangegangenen Tarifabschlüsse wurden die Chemie-Tariflöhne 2011 um 4,1 Prozent, 2012 um 4,5 Prozent und 2014 um 3,7 Prozent angehoben. Dieser Lohnausweitung steht allerdings ein Produktionsniveau gegenüber, das im Jahr 2014 gerade einmal knapp 3 Prozent höher lag als noch im Jahr 2010. Dadurch ist ein erhebliches Ungleichgewicht entstanden: die Lohn-erhöhungen werden nicht mehr durch die Produktivitätsentwicklung aufgewogen. Unter dem Strich ist die Produktivität seit 2010 um 4 Prozent gesunken, aktuell stagniert sie. Bei nur magerem Wachstum, stagnierender Produktivität und einer Inflation im Null-Komma-Bereich gibt es den Verteilungsspielraum für die aktuell geforderte Tarifierhöhung nicht einmal ansatzweise. Stattdessen gilt es, durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Davon profitieren am Ende Standort und Beschäftigte.

AUTOR: DIRK MEYER

DREI FRAGEN AN



Hans-Carsten Hansen

Verhandlungsführer der Chemie-Arbeitgeber

Was erwarten Sie von der IG BCE in der nächsten Verhandlungsrunde Mitte März?

... eine Anerkennung der wirtschaftlichen Realitäten, fair und ehrlich. Die Vorführung von Zerrbildern allgemeiner Gerechtigkeits- und Verteilungstheorien hilft nicht weiter. Wir werden uns jedenfalls nicht noch einmal von überoptimistischen Prognosen leiten lassen. Vielmehr gilt es, die Entwicklungen der Vergangenheit ernst zu nehmen, auf dem Boden von Realitäten zu kalkulieren und besonnen nach vorne zu blicken.

Woran bemessen Sie mögliche Lohnsteigerungen?

Mehr Geld kann es neben einem Inflationsausgleich nur geben, wenn echtes Wachstum da ist. Stillstand, gleichgültig auf welchem Niveau, begründet keine Lohnerhöhung. Und wir erwarten auch 2015 nur eine sehr verhaltene Entwicklung.

Wie sähe in Ihren Augen ein guter Abschluss aus?

Die Chemie steht für konstruktive Zusammenarbeit, die über das Tagesgeschehen hinausblickt und Weichen für die Zukunft stellt. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es daher, in dieser Tarifrunde einen Abschluss zu finden, der allen Unternehmen der Fläche die Chance belässt, die deutschen Standorte und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Bescheidenheit heute ist dabei die Wertschöpfung von morgen!

ANTWORTEN FÜR ALLE LEBENSPHASEN

Demografiefeste Personalpolitik

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist kein neues Phänomen. Die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Erwerbspersonenpotenzial und Arbeitsbedingungen sind umfassend erforscht: Unabhängig von konjunkturellen Schwankungen bleibt die Erkenntnis, dass die Belegschaften zunächst altern und anschließend das Arbeitskräftepotenzial ebenso deutlich schrumpfen wird. Selbst eine hohe Zuwanderung, wie wir sie zuletzt erlebt haben, kann dies nur mildern und nicht umkehren.

Aufbauend auf dieser Realität hat Anfang der 2000er Jahre die Politik unter anderem mit der »Rente mit 67« reagiert, um Arbeitsmarkt und Sozialversicherungssysteme funktionsfähig und finanzierbar zu halten. Auch die Tarifvertragsparteien der Chemie haben den Mentalitätswandel mit eingeleitet: Der Tarifvertrag »Lebensarbeitszeit und Demografie« besiegelte 2008 den Abschied vom pauschalen Anspruch auf Altersteilzeit und damit auf Frühverrentung bzw. Arbeitszeitverkürzung im Alter. Die demografische Herausforderung, die sich in jedem Betrieb unterschiedlich darstellt, verlangt heute nach intelligenten und passgenauen Instrumenten mit denen für alle Lebensphasen Antworten gegeben und Beschäftigungsfähigkeit gesichert wird.

Erfolgreichen Weg fortsetzen

Hierzu gehören – wo notwendig – Arbeitszeitentlastung und flexible Übergänge ebenso wie Vorsorge für Alter oder Berufsunfähigkeit und Gesundheitsförderung. Aus diesem Grund stellt der Chemie-Tarifvertrag seit 2010 einen betrieblichen Demografiefonds zur Verfügung, der für Langzeitkonten, Altersteilzeit, Unterstützung der Inanspruchnahme von Teilrente, lebensphasengerechtere Arbeitszeitgestaltung (RV80) oder Altersvorsorge und eine Berufsunfähigkeitsabsicherung genutzt werden kann. Dieser Pfad tariflicher Optionen wird in der Branche zielgenau genutzt (Details hierzu vgl. Impuls-Ausgaben 12/2014 bis 2/2015).

Immer muss dabei fest im Auge behalten werden, dass Demografiefonds und Maßnahmen zur Bewältigung demografischer Herausforderungen mit Kosten verbunden sind. Auch diese sind als Teil der Arbeitskosten mit entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Die Grundregeln wirtschaftlicher Betrachtungen sind für Demografie-Maßnahmen nicht außer Kraft gesetzt.

Demografiefeste Personalpolitik zielt zudem auch darauf, dass ausreichendes Arbeitszeitvolumen zur Verfügung steht. Verstärkter Ressourcenentzug durch Schritte der Arbeitszeitverkürzung, zum Beispiel im Alter, lässt die Produktivität sinken und stellt die betriebliche Funktionsfähigkeit in Frage. Der eingeleitete Mentalitätswandel hin zu längerem Arbeiten ist eine demografische Notwendigkeit und darf nicht konterkariert werden.

In der aktuellen Chemie-Tarifrunde setzen sich die Arbeitgeber deswegen dafür ein, dass dieser Wandel nicht in Frage gestellt und der 2008 eingeschlagene, erfolgreiche Weg tariflicher Optionen fortgesetzt wird. Die bereits vorhandenen Instrumente sind für die Gestaltung von flexiblen Übergängen und bedarfsge-rechter Arbeitszeitentlastungen ebenso ausreichend und wirksam wie für die Vorsorge für Alter oder Berufsunfähigkeit. Bei allen Maßnahmen müssen zudem Arbeitskosten und Arbeitszeitvolumen fest im Blick behalten werden.

AUTOR: LUTZ MÜHL

ANSPRECHPARTNER



Lutz Mühl | Geschäftsführer

Sozialpolitik, Soziale Sicherung,
Europa und internationaler Sozialer Dialog

lutz.muehl@bavc.de

5 Fakten zur Chemie-Tarifrunde 2015

Das **WACHSTUM** der Chemie-Produktion beträgt seit 2011 im Schnitt nur knapp 1 Prozent pro Jahr.

Die **PRODUKTIVITÄT** in der Chemie ist seit 2010 um 4 Prozent gesunken.

Auch 2015 sind die **KONJUNKTUR-AUSSICHTEN** in der Chemie nur sehr verhalten: Produktion plus 1,5 Prozent, Erzeugerpreise minus 2,0 Prozent, Umsatz minus 0,5 Prozent (jeweils gegenüber Vorjahr).

Erhöhte **RISIKEN** belasten die Wirtschaft, u.a. Russland-Ukraine-Konflikt, Stabilität der Eurozone, Ölpreisverfall, Währungsturbulenzen.

Die **INFLATIONSRATE** betrug 2014 lediglich 0,9 Prozent und wird absehbar im Null-Komma-Bereich liegen.

UNTERNEHMENSBEFRAGUNG

Investitionsschwäche in Deutschland

Investitionen von heute sind das Fundament für Wachstum und Beschäftigung von morgen. Die anhaltend schwache Investitionstätigkeit hierzulande gibt deshalb Anlass zur Sorge. Die Gründe hierfür sind vielfältig, wie eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) unter rund 2.900 Unternehmen zeigt. Insbesondere die hohe weltwirtschaftliche Unsicherheit aber auch der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung begründen die Zurückhaltung vieler Unternehmen.

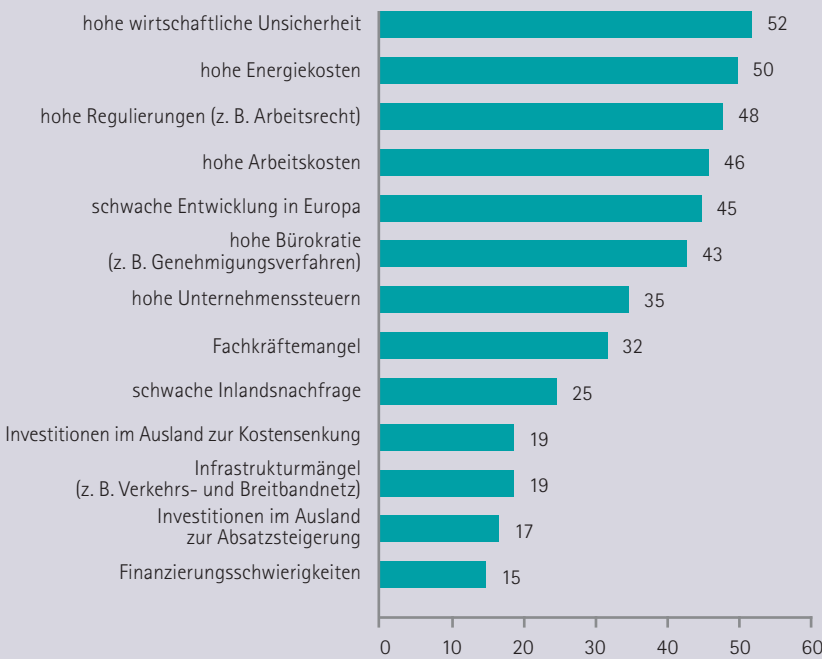
»Die Gründe für die Zurückhaltung vieler Unternehmen sind nicht nur weltpolitischer Natur, sondern vielfach Ergebnis nationaler Investitionshemmnisse.«

Investitionsdefizit hemmt Produktivitätswachstum

Deutsche Unternehmen investieren seit einigen Jahren eher verhalten in neue Maschinen und Anlagen. Das bremst das Produktivitätswachstum – und gefährdet damit mittelfristig den Wohlstand. Im Jahr 2012 sind die preisbereinigten Investitionen in neue Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Anlagen um 3 Prozent und im Jahr 2013 nochmals um 2,4 Prozent zurückgegangen. Klammert man die stark schwankenden Investitionen in Fahrzeuge aus, dann steht 2012 zwar noch mit einem kleinen Investitionsplus von 0,4 Prozent in den Büchern, dafür belief sich das Minus im Jahr darauf auf 2,7 Prozent. Für 2014 ist bei den realen Ausrüstungen immerhin ein Zuwachs von rund 3 Prozent zu verzeichnen. Das Plus ist allerdings vor allem dem guten ersten Quartal im Jahr 2014 zu verdanken. Anschließend gaben die Ausrüstungsinvestitionen wieder merklich nach.

Investitionshürden in Deutschland

So viel Prozent der Unternehmen halten diese Faktoren für starke Investitionshemmnisse



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Befragung von 2.525 Unternehmen in Westdeutschland und 392 Unternehmen in Ostdeutschland, 2014

STANDPUNKT



Margret Suckale
BAVC-Präsidentin

» Investitionen sind der Treibstoff unseres Wirtschaftswachstums. Sie ermöglichen Wohlstand und sichern Beschäftigung. Dafür müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Damit Unternehmen wieder mehr investieren, brauchen sie mehr Planungssicherheit und weniger Regulierung. Wachstumsstärkung muss Vorrang vor weiterer Umverteilung haben. Die Große Koalition darf nicht riskieren, dass sich die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten auf den bislang noch robusten deutschen Arbeitsmarkt niederschlagen. Auch deshalb dürfen Werkverträge und Zeitarbeit nicht eingeschränkt werden. «

Weltwirtschaftliche Unsicherheiten

Zurückzuführen ist die Investitionszurückhaltung laut der IW-Umfrage insbesondere auf die anhaltenden weltwirtschaftlichen Unsicherheiten: Niemand weiß, wie der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausgeht. Das Wachstum in den großen und mittlerweile auch ökonomisch gewichtigen Schwellenländern schwächtelt. Wann sich diese Länder über strukturelle Anpassungen wieder nach oben arbeiten, lässt sich nicht vorhersagen. Wie es in der Eurozone weitergeht, ist ebenfalls schwer zu sagen. Insbesondere die anhaltende Schwäche von großen Volkswirtschaften wie Frankreich und Italien blockiert Investitionen – denn nach wie vor sind diese Länder sehr große Absatzmärkte für die deutschen Exportunternehmen. Hinzu kommt: Die zögerlichen Strukturreformen in vielen Euroländern erhöhen die Gefahr einer langen Phase schwachen Wachstums – das dämpft die Investitionsneigung der deutschen Unternehmen zusätzlich.

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik gefordert

Die Gründe für die abwartende Haltung vieler Unternehmen sind nicht nur weltpolitischer Natur, sondern vielfach hausgemacht. Die investiven Rahmenbedingungen hierzulande haben sich verschlechtert. Für die Hälfte der befragten Firmen zählen dazu vor allem die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten.

Die meisten bislang beschlossenen Maßnahmen der Großen Koalition – beispielsweise die Frühverrentung, der Mindestlohn mit seinen umfangreichen Dokumentationspflichten und die geplante strengere Regulierung der Zeitarbeit – bedeuten zusätzliche Kosten für die Unternehmen und verringern deren Investitionserträge. Weitere Schwierigkeiten bereiten den Firmen laut IW-Umfrage die hohen Arbeitskosten und die wuchernde Bürokratie.

Bevor sich die Politik also an teuren Investitionsprogrammen verausgabt, sollte sie sich bemühen, die Angebotsbedingungen für Unternehmen in Deutschland wieder zu verbessern. Dies fördert die Investitionsanreize und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – und hilft über die engen europäischen Wertschöpfungsketten auch Deutschlands Partnerländern in Europa. Eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist daher dringend geboten:

Kosten in den Griff bekommen. Deutschland ist ein Hochkostenland. Das gilt nicht nur für die Arbeitskosten, sondern auch für Energie. Allein die deutsche EEG-Umlage ist höher als der Industriestrompreis in den USA. Die Große Koalition muss Sonderbelastungen wie die EEG-Umlage und die kalte Progression reduzieren. Zudem müssen die Tarifpartner bei der Lohnfindung mit Augenmaß vorgehen.

Flexibilität erhalten. Die Politik muss ihr Versprechen einlösen, Bürokratie und Vorschriften abzubauen. So könnte zum Beispiel für jede neue bürokratische Regelung tatsächlich eine andere gestrichen werden.

Grundlagen für künftiges Wachstum schaffen. Die Infrastruktur in Deutschland ist noch gut und soll es bleiben. Deshalb muss beständig und effektiv in Straßen und Schienen investiert werden – nicht nur im Rahmen von Hauruck-Programmen. Die Mittel für eine ordentliche Infrastruktur sind da – die Politik muss Prioritäten setzen. Fortsetzen müssen Regierung und Unternehmen auch ihre Anstrengungen in Sachen Qualifizierung. Denn ein wachsender Mangel an Fachkräften kann sich zu einem ausgemachten Investitionshindernis entwickeln. Besonders wichtig sind die duale Berufsausbildung und die Hochschulausbildung vor allem in den sogenannten MINT-Berufen.

TEXT: REBECCA WILHELM

GEMEINSAMER AUFRUF ZUM GIRLS' UND BOYS' DAY 2015

Der Zukunftstag lohnt sich – für alle!



Der Zukunftstag für Mädchen ist inzwischen zum weltweit größten Projekt der Berufsorientierung geworden. Seit dem Start im Jahr 2001 haben zirka 1,5 Millionen junge Frauen an den verschiedenen Aktionen teilgenommen. 2014 entdeckten rund 103.000 von ihnen die naturwissenschaftlichen und technischen Angebote in Unternehmen und Organisationen. Auch der Zukunftstag für Jungen, der 2011 hinzu kam, ist mit mehr als 130.000 Teilnehmern an rund 20.000 Angeboten eine Erfolgsgeschichte.

Inzwischen kann sich jede dritte Schülerin vorstellen, in den am Girls' Day kennengelernten Berufen ein Praktikum zu machen oder sogar eine Ausbildung zu beginnen. 28 Prozent der Unternehmen, die sich beteiligen, haben bereits Bewerbungen von Teilnehmerinnen des Zukunftstags bekommen.

Am 23. April 2015 ist es wieder soweit

Wir – die Sozialpartner der chemischen Industrie – ermutigen Betriebsräte und Personalverantwortliche, sich zu beteiligen, mit betrieblichen Angeboten für Jugendliche der Schulklassen 5 bis 10 das Interesse für die vielfältigen Berufe in der chemischen Industrie zu wecken und so Nachwuchs für das eigene Unternehmen zu gewinnen.

Im Rahmen von Workshops und Aktionen erkunden Schülerinnen Ausbildungsberufe, in denen Frauen bisher wenig vertreten sind. Sie gewinnen Einblicke in den Alltag der Betriebe, erproben ihre Fähigkeiten, erhalten Antworten auf ihre Fragen und können erste Kontakte knüpfen. Zugleich erfahren sie, dass der Teamarbeit in technischen Berufen eine hohe Bedeutung zukommt. Darüber hinaus können die Schülerinnen in den Betrieben weibliche Vorbilder in Führungspositionen kennenlernen.

Jungen haben die Möglichkeit, Erfahrungen in für sie ungewöhnlichen und bisher unbekanntem Berufen zu machen. Sie lernen im Rahmen der Berufserkundung die Arbeitsplätze in Einrichtungen, Unternehmen und Organisationen kennen oder informieren sich in Hochschulen über Studienfächer mit geringem Männeranteil. Ein weiteres Angebot ist die pädagogische Arbeit mit Jungengruppen. Themen sind dabei zum Beispiel Rollenbilder und soziale Kompetenz.

AUTORIN: CHRISTIANE DEBLER

SERVICE

Weitere Informationen zum Girls' und Boys' Day 2015 gibt es unter

www.girls-day.de
www.boys-day.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. | Postfach 1280 | 65002 Wiesbaden | Internet: www.bavc.de
 Kontakt: info@bavc.de | www.twitter.com/BAVChemie. Verantwortlich: Dr. Klaus-Peter Stiller. Redaktion: Sebastian Kautzky, Dirk Meyer, Christopher A. Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen. Lesen Sie die digitale Ausgabe als E-Paper unter www.bavc.de oder nutzen Sie die Impuls-App des BAVC – kostenfrei erhältlich im App Store und bei Google Play.